

vorrangigen Ziel deutscher Politik werden. Die Mehrsprachigkeit ist eines der wichtigsten Bildungsziele, wenn es darum geht, Menschen zu Weltbürgern zu machen. Bei der Abwehr einer sprachlichen Monokultur kommt Deutschland, Frankreich und Spanien eine tragende Rolle zu. Diese Staaten sind nicht nur wegen der Bedeutung ihrer Sprachen für die kulturelle Vielfalt in Europa, sondern auch für den Erhalt der Sprachen kleinerer Staaten verantwortlich. Seit der Osterweiterung der Europäischen Union spielt auch Polen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Wie die vielen Sprachen Europas lebendig bleiben, fordert wie kaum eine andere Frage die politische Phantasie heraus. Würden diese Sprachen künftig – mit Ausnahme der englischen – auf das Gesellige, die Freizeit beschränkt, ereignete sich ein Kulturverlust, der zu den Werten der Europäischen Union in einem krassen Widerspruch stünde.

Nur wenn die Einsicht hoch gehalten wird, dass jede Sprache ein kulturelles Vermächtnis in sich trägt,<sup>¶</sup> lässt sich der Zusammenhalt in Europa verbürgen. Statt sich auf die Suche nach einer Seele Europas, nach seiner Identität zu begeben, sollten sich die Mitglieder der Europäischen Union auf gemeinsame Bildungsziele wie das der Mehrsprachigkeit verständigen. Sich mit Freude auf die Welt einlassen und Empathie für Menschen anderer Kulturen empfinden zu können, sind Eigenschaften, die eine Vielfalt in der Einheit zu gewährleisten vermögen.

<sup>¶</sup> Zwischen allen Sprachen, so hat es Andrei Plesu so treffend gesagt, „besteht ein Verhältnis gegenseitiger Überlegenheit. Alle haben etwas Wertvolles und Unvergleichliches“, in: Macht und Ohnmacht der Sprache, in: J. Limbach/K. v. Ruckteschell (Anm. 6), S. 10–17, hier: S. 16f.

Jürgen Gerhards

## Plädoyer für die Förderung der Lingua franca Englisch

Der ehemalige Präsident Frankreichs, Jacques Chirac, als früherer Harvard-Student des Englischen durchaus mächtig, verließ 1999 bei einem Treffen der Regierungschefs der Europäischen Union wutentbrannt den Raum, nachdem ein französischer Unternehmensvertreter eine Frage an ihn auf Englisch

**Jürgen Gerhards**

Dr. phil., geb. 1955; Professor für Soziologie, Lehrstuhl für Makrosoziologie, Freie Universität Berlin, Garystraße 55, 14195 Berlin.

j.gerhards@fu-berlin.de

und nicht auf Französisch gestellt hatte. Chirac erklärte später, dass er über die Tatsache, dass ein Landsmann ihn in einer fremden Sprache angesprochen habe, tief geschockt gewesen sei.<sup>¶</sup> Eine ähnliche Begebenheit lässt sich über den ehemaligen deutschen Bundeskanzler schildern: Gerhard Schröder hatte 1999 einen massiven Konflikt mit der damaligen finnischen Ratspräsidentschaft entfacht, weil die Finnen bei den informellen Treffen der Regierungschefs Deutsch nicht als Arbeitssprache zulassen wollten; Schröder hatte kurzerhand mit seinem Fernbleiben gedroht.<sup>¶</sup>

Die zwei Beispiele illustrieren, wie wichtig den Nationalstaaten die Anerkennung ihrer nationalen Amtssprache als EU-Amtssprache ist. In dieser Frage scheinen sich auch alle politischen Parteien einig zu sein: Bundesrat und Bundestag haben parteiübergreifend gegenüber der EU-Kommission immer wieder und zuletzt in scharfen Tönen angemahnt, dass Deutsch gleichberechtigt neben allen Amtssprachen und vor allem mit Englisch und Französisch als Verkehrssprache innerhalb der Kommission zu behandeln

<sup>¶</sup> Vgl. BBC, Chirac upset by English address, 24.3.2006, online: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4840160.stm> (31.10.2011).

<sup>¶</sup> Vgl. Tuomas Forsberg, A Friend in Need or a Friend Indeed? Finnish Perceptions of Germany's Role in the EU and Europe, in: Working Paper. The Finnish Institute of International Affairs, 24 (2000), S. 14.

sei.<sup>¶</sup> Ist eine solche Sprachpolitik im Zeitalter von Globalisierung und einer zunehmenden Europäischen Vertiefung noch sinnvoll? Ich meine: nein. Warum eine Abkehr vom Prinzip der Mehrsprachigkeit und eine Förderung der „Lingua franca“ Englisch sinnvoll ist, möchte ich hier begründen.<sup>¶</sup> Beginnen wir aber mit einer kurzen Beschreibung der Sprachpolitik der EU.

## Sprachpolitik der EU

Die innerstaatliche sprachliche Heterogenität in Europa ist sehr gering, da die meisten Mitgliedsländer nur eine Amtssprache innerhalb ihres Territoriums zugelassen haben. Die zwischenstaatliche sprachliche Heterogenität ist hingegen fast maximal, insofern in den 27 Mitgliedsländern 23 verschiedene Amtssprachen zugelassen sind. Diese Sprachkonfiguration bildet die Ausgangskonstellation für die Sprachpolitik der EU, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:<sup>¶</sup>

1. Im Unterschied zu den Nationalstaaten betreibt die Europäische Union keine Politik der sprachlichen Homogenisierung der Mitgliedsländer durch eine Förderung einer einheitlichen *Lingua franca*, die dann für die EU insgesamt verbindlich wäre. Während die EU in vielen Politikbereichen auf eine Homogenisierung und Konvergenz der Mitgliedsländer drängt, gilt dies für die Sprachpolitik gerade nicht. Die Akzeptanz der Vielsprachigkeit der EU ist vertragsrechtlich eindeutig verbrieft und geht auf die Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von 1958 zurück. Sämtliche nationale Amtssprachen der Mitgliedsländer sind zugleich auch die Amts-

sprachen der EU. Eine Ausnahme bildet hierbei das Luxemburgische, da die Regierung des Landes freiwillig darauf verzichtet hat, Luxemburgisch zur Amtssprache der EU zu machen. Alle Gesetze, Dokumente und Verordnungen müssen in allen 23 Amtssprachen abgefasst werden; und auch die Bürger und die Nationalstaaten können sich in ihrer Sprache an die EU wenden und haben das Recht, in ihrer Sprache eine Antwort zu erhalten. Die EU bleibt damit bezüglich ihrer sprachlichen Konfiguration in hohem Maße segmentär differenziert.

2. Von der externen muss man die interne Sprachpolitik unterscheiden, die sich auf die Kommunikation innerhalb der EU-Institutionen bezieht. Die einzelnen Institutionen haben diesbezüglich unterschiedliche Regelungen erlassen, die hier nicht alle erläutert werden können. So ist im Europäischen Gerichtshof die Arbeitssprache Französisch, während die EU-Kommission Englisch, Französisch und Deutsch als interne Arbeitssprachen festgelegt hat. Andere EU-Institutionen haben wiederum andere Regelungen getroffen.<sup>¶</sup> Als Grundregel gilt aber: Je stärker politische Entscheidungsträger im Vordergrund stehen und je öffentlicher die Situation ist, desto eher werden alle Amtssprachen benutzt (beispielsweise im Europaparlament). Je mehr Verwaltungsbeamte beteiligt sind und je schwächer der öffentliche Charakter des Gremiums ist, desto eher findet eine Reduktion der Amtssprachen auf drei oder weniger Arbeitssprachen statt, zum Beispiel in den Ausschüssen. In informellen Beratungen hat sich darüber hinaus die Anzahl der gesprochenen Sprachen häufig auf zwei (Englisch und Französisch) reduziert.

3. Die EU ist sich der enormen Reibungsverluste, die die 23 Amtssprachen mit sich bringen, bewusst. Im Vertrag von Maastricht hat sie im Artikel 126, Absatz 2 darauf reagiert und eine aktive Fremdsprachenförderpolitik als ihre Aufgabe definiert.<sup>¶</sup> Um eine grenzüberschreitende Kommunikation trotz der vielen Amtssprachen zu ermöglichen, verfolgt die EU seit Maastricht

<sup>¶</sup> Vgl. als Beispiel Deutscher Bundestag, Beschluss vom 7.8.2008, Drucksache 691/08.

<sup>¶</sup> Eine ausführliche Begründung findet sich in Jürgen Gerhards, Mehrsprachigkeit im vereinten Europa. Transnationales sprachliches Kapital als Ressource in einer globalisierten Welt, Wiesbaden 2010; ders., Der Kult der Minderheitensprachen, in: Leviathan, 39 (2011) 2, S. 165–186.

<sup>¶</sup> Zum Folgenden vgl. Peter A. Kraus, Europäische Öffentlichkeit und Sprachpolitik – Integration durch Anerkennung, Frankfurt/M.–New York 2004; Ulrich Ammon, Language Conflicts in the European Union. On Finding a Politically Acceptable and Practicable Solution for EU Institutions that Satisfies Diverging Interests, in: International Journal of Applied Linguistics, 16 (2006), S. 319–338.

<sup>¶</sup> Vgl. Sandra Nißl, Die Sprachenfrage in der Europäischen Union. Möglichkeiten und Grenzen einer Sprachpolitik für Europa, München 2011.

<sup>¶</sup> Vgl. ebd., S. 66.

das Ziel der Förderung der Mehrsprachigkeit in Europa. Jeder, so die Vorstellung, soll neben seiner Muttersprache zwei andere EU-Sprachen sprechen. Die Union möchte durch die Mehrsprachigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger zum einen zur Verbesserung der Verständigung zwischen den Menschen und zum Abbau von Vorurteilen beitragen; sie begreift die Mehrsprachigkeit zum anderen aber auch als eine Investition in die Verbesserung des „Humankapitals“. Mehrsprachigkeit versetzt die Bürger in die Lage, auf dem europäischen Markt mobil zu sein und ihre Arbeitskraft auch außerhalb des Nationalstaats einsetzen zu können, um damit einen Beitrag für das wirtschaftliche Wachstum des EU-Raums insgesamt zu leisten. Die Maßnahmen, die die EU seit Maastricht zur Förderung der Mehrsprachigkeit ihrer Bürger ergriffen hat, sind vielfältig und in aller Regel eingebunden in die Bildungspolitik der EU im Allgemeinen. Dabei waren die Programme „Sokrates“ und „Leonardo da Vinci“ die wichtigsten Maßnahmen, die 2007 in das „Programm für Lebenslanges Lernen“ integriert wurden, das wiederum aus vier verschiedenen Einzelprogrammen besteht (Comenius, Erasmus, Leonardo da Vinci, Grundtvig). Die EU hat für den Zeitraum 2007 bis 2013 circa sieben Milliarden Euro dafür bewilligt.<sup>18</sup> In allen Programmen geht es nicht nur um den Erwerb einer Fremdsprache, aber der Fremdspracherwerb ist eines ihrer zentralen Ziele.

Ähnlich wie bei der Gleichbehandlung aller Amtssprachen gibt es allerdings auch in der Förderung der Fremdsprachenkompetenz keine Präferenz für eine bestimmte Sprache. Der Erwerb der kleineren Sprachen wird von der EU genauso gefördert wie das Erlernen der weit verbreiteten Sprachen.

## Vier Argumente für eine veränderte Sprachpolitik

Es gibt eine Vielzahl an Argumenten, die gegen das Festhalten an dem Gleichbehandlungsprinzip aller EU-Sprachen sprechen. Ich konzentriere mich auf vier Aspekte.

<sup>18</sup> Vgl. Generaldirektion Bildung und Kultur, Auf einen Blick: Allgemeine und berufliche Bildung, 11.10.2009, online: [http://ec.europa.eu/education/at-a-glance/about141\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/at-a-glance/about141_de.htm) (29.11.2011).

1. Die normative Kraft des Faktischen. Die Sprachentwicklung in Europa vollzieht sich mit einer Dynamik, die sich politisch nur sehr begrenzt steuern lässt. Und die Entwicklung geht in Richtung einer Hegemonie des Englischen. In einer Eurobarometerumfrage aus dem Jahr 2005 wurden die Bürger in den 27 EU-Ländern gefragt, welche Fremdsprache sie gut genug sprächen, um sich in dieser verständigen zu können.<sup>19</sup> Addiert man zu der Anzahl derer, die eine bestimmte Fremdsprache sprechen, diejenigen hinzu, die die Sprache als Muttersprache beherrschen, dann erhält man den Anteil der EU-Bürger, die sich in einer bestimmten Sprache verständigen können. *Abbildung 1* gibt die Ergebnisse dieser Auswertung wieder.

Wie zu vermuten, ist Englisch diejenige Sprache, in der eine Verständigung zwischen den Europäern am wahrscheinlichsten ist. Fast die Hälfte der Bevölkerung der EU kann zumindest rudimentär in Englisch miteinander kommunizieren. Folgt man der Argumentation des Soziologen Abram de Swaan wird sich das Englische exponential weiter ausdehnen: Geht man davon aus, dass die erste Funktion des Fremdspracherwerbs darin besteht, sich mit anderen zu verständigen, dann ist es für jeden, der überlegt, welche neue Fremdsprache er lernen will, nur rational, zuerst einmal Englisch zu lernen, weil es schon so viele Personen gibt, die Englisch sprechen. Dies gilt erst recht, wenn man den Bezugsrahmen über Europa hinaus ausdehnt und die weltweite Sprachkonstellation berücksichtigt.

Englisch ist die meist gesprochene Fremdsprache der Welt. Auf der Basis der getroffenen Entscheidung für eine bestimmte Fremdsprache entsteht im nächsten Schritt eine neue Konstellation für all diejenigen, die sich zu einem späteren Zeitpunkt für eine Fremdsprache entscheiden. Die Anzahl der Personen, die Englisch spricht, hat sich mittlerweile erhöht, so dass es für diejenigen, die sich zu einem späteren Zeitpunkt für eine Sprache entscheiden, noch rationaler wird, Englisch als Fremdsprache zu wählen, weil die Zahl der damit erreichbaren Personen zwischenzeitlich gestiegen ist. Dieser

<sup>19</sup> Für eine genaue Analyse der Daten und eine Beschreibung des Datensatzes vgl. J. Gerhards (Anm. 4).

Abbildung 1: Die am häufigsten gesprochenen Sprachen in den 27 Ländern der EU (Fremd- und Muttersprache in Prozent)

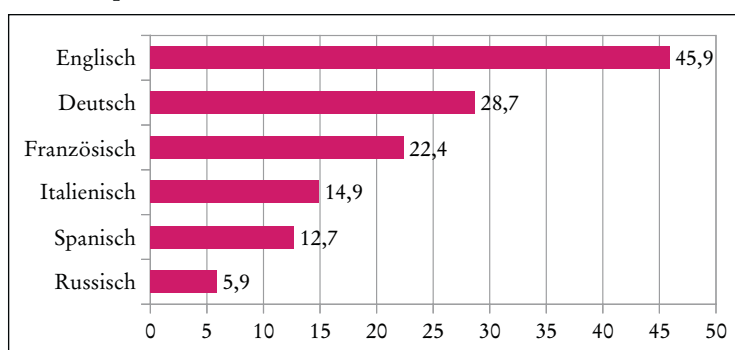
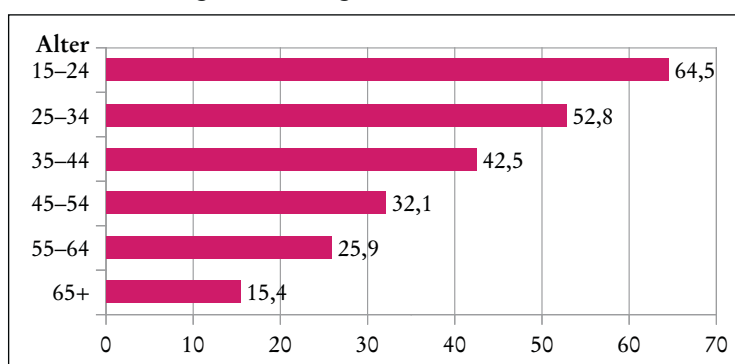


Abbildung 2: Alter der Befragten und Englischkenntnisse (in Prozent)



Quelle: Eurobarometer 63.4, 2005. Eigene Darstellung.

Mechanismus kann erklären, warum Unterschiede im Gebrauch von bestimmten Sprachen im Zeitverlauf immer größer werden. Einen Eindruck, wie dynamisch der Prozess der Ausdehnung des Englischen verläuft, erhält man, wenn man die verschiedenen Generationen der oben erwähnten Befragung in den 27 EU-Ländern miteinander vergleicht (Abbildung 2). Die Veränderungen sind beachtlich: Während fast zwei Drittel der jüngsten Alterskohorte angibt, auf Englisch ein Gespräch führen zu können, sind es in der Gruppe der über 65-Jährigen nur 15,4 Prozent.<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Neben diesem Kohorteneffekt, den wir als Anzeichen eines sozialen Wandels interpretieren, kann man zusätzlich vermuten, dass es einen Lebensverlaufseffekt auf die Fremdsprachenfähigkeit gibt. Wer als Schüler oder Student eine Fremdsprache gelernt oder gesprochen hat, mag im Zeitverlauf in seinen Fremdsprachenkenntnissen nachlassen, vor allem dann, wenn er die gelernte Fremdsprache nicht praktiziert. Wir schätzen den Lebensverlaufseffekt aber als deutlich schwächer ein als den Kohorteneffekt.

Eine ähnliche Entwicklung scheint sich innerhalb der Europäischen Institutionen im Hinblick auf die Benutzung der Arbeitssprachen abzuzeichnen. Auch wenn wir diesbezüglich über weniger gut gesicherte Informationen verfügen, deuten alle Einzelbefunde, die sich empirisch finden lassen, in die gleiche Richtung: Englisch hat nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch das Französische weit zurückgedrängt und dies trotz aller offiziellen Bekundungen und verbalen Gegenmaßnahmen. Die Dominanz des Englischen hat mit jeder Erweiterungsrunde und vor allem mit der Aufnahme von zwölf mittel- und osteuropäischen Ländern in den Jahren 2004 und 2007, deren Sprachen dann jeweils zu Amtssprachen wurden, enorm zugenommen.<sup>11</sup> Zwar hat sich mit der Osterweiterung nicht der Anteil derer, die Englisch als Muttersprache sprechen, erhöht, wohl aber der

<sup>11</sup> Vgl. Abram de Swaan, The Language Predicament of the EU since the Enlargements, in: Sociolinguistica, 21 (2007), S. 1–21.

Anteil derer, die Englisch und keine andere Fremdsprache sprechen. Dies führt zu einer einfachen Schlussfolgerung: „The more languages, the more English.“<sup>12</sup>

2. Die „Kommunikationsgewinne“ einer gemeinsamen Sprache. Folgt man der EU-Sprachpolitik, dann sollten die Menschen in den 27 Ländern jeweils unterschiedliche Fremdsprachen lernen; dadurch würden sich die bilateralen Verständigungsmöglichkeiten innerhalb Europas deutlich verbessern. Ein sprachlich grenzenloses Europa lässt sich dadurch aber nicht erreichen. Ein Deutscher, der Flämisch gelernt hat, und ein Pole, der jetzt des Lettischen mächtig ist, haben jeweils ihre Fremdsprachenkompetenz erhöht, sie können sich deswegen aber nicht miteinander verständigen. Je mehr Sprachen es gibt, desto höher ist die Kombinationsvielfalt an Sprachen, die Menschen als Fremdsprachen wählen können, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass zwei Menschen aufeinander treffen, die die gleiche Fremdsprachenkombination gewählt haben. Der Philosoph Philippe Van Parijs hat für verschiedene Mengen an Sprachen die Kombinationsmöglichkeiten berechnet und gezeigt, dass in einem Europa der 23 Amtssprachen die freie Wahl von zwei Fremdsprachen nicht entscheidend zu einer Erhöhung der Verständigungsmöglichkeit beitragen kann.<sup>13</sup>

Die Förderung einer Fremdsprache würde hingegen die Verständigungsmöglichkeit innerhalb Europas deutlich verbessern, was wiederum mit einer Menge an Vorteilen verbunden wäre. Die Mobilität der Bürger, die innerhalb Europas trotz Freizügigkeitsregelungen weiterhin sehr gering ist, könnte deutlich erleichtert werden. Der Landeswechsel kann dabei zu Ausbildungszwecken, zur Erweiterung der Berufsmöglichkeiten, der Freizeitaktivitäten und zur Knüpfung privater Kontakte genutzt werden. Weiterhin würde die Förderung einer *Lingua franca* die Chancen zur politischen Partizipation erhöhen. Die EU-Bürger besitzen seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 neben ihrer nationalen Staatsbürgerschaft zusätzlich eine

<sup>12</sup> Ders., *Words of the World*, Cambridge 2001, S. 144.

<sup>13</sup> Vgl. Philippe Van Parijs, *Europe's Linguistic Challenge*, in: *Archives Européennes de Sociologie*, 45 (2004) 1, S. 111–152.

Unionsbürgerschaft; sie können von den damit verbundenen rechtlichen Möglichkeiten aber nur vollen Gebrauch machen, wenn sie sich europaweit verständigen können. Insofern würde eine verbesserte europäische Verständigungsmöglichkeit auch die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit und damit eine Demokratisierung der EU von unten befördern.

Die Verbesserung der Fremdsprachenkompetenz in einer Sprache wäre aber nicht nur mit Vorteilen für die Individuen verbunden, sondern auch mit positiven kollektiven Folgen. Der inner-, aber auch der außereuropäische Handel würde auf der Grundlage der Verständigung in einer Sprache und der dadurch erzeugten Reduktion der Transaktionskosten deutlich erleichtert. Eine durch Englischkenntnisse erleichterte geografische Mobilität würde zudem zu einer besseren Balance von Arbeitsangebot und -nachfrage innerhalb der EU führen und hätte wiederum einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum.<sup>14</sup> Kurz: Eine einheitliche Fremdsprache würde die Verständigung in ganz Europa deutlich verbessern und das europäische Projekt voran bringen.

3. Die Nachteile, die durch eine einheitliche Fremdsprache entstehen, werden überschätzt. Der gewichtigste Einwand gegen eine Förderung des Englischen als *Lingua franca* eines vereinten Europas kommt von denjenigen, die mit der Vorherrschaft einer Sprache nicht nur die anderen Sprachen, sondern mit dem sprachlichen Bedeutungsverlust auch die Kultur bedroht sehen. Mit der Hegemonie des Englischen sei, so die These, zugleich eine Dominanz angloamerikanischer Weltansichten und Werte verbunden, weil Sprache und Weltansichten miteinander verwoben seien.<sup>15</sup> Diese Vorstellung der sprachlichen Konstituierung von Kulturen geht zurück auf Johann Gottfried Herders

<sup>14</sup> Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit: *Geographische Mobilität in der Europäischen Union. Mobilisierung ihrer sozialen und ökonomischen Vorteile*. Bericht für die Europäische Kommission – GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, 18.7.2008, online: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=385> (31.10.2011).

<sup>15</sup> Vgl. u.a. Robert Phillipson, *English-only Europe? Challenging language policy*, London–New York 2003.

und Wilhelm von Humboldts Abhandlungen über die Sprache. Sie ist bis heute unter Linguisten und Anthropologen weit verbreitet, und auch die EU und die kulturellen Eliten vertreten diese Position mit aller Entschiedenheit, um die Förderung der sprachlichen Vielfalt zu begründen. Zweifel an der Substanz dieses Arguments sind aber angebracht, ohne dass hier der Raum zur Verfügung steht, Pro und Kontra detaillierter zu entfalten.<sup>16</sup> Zuerst muss man betonen, dass die Förderung einer *Lingua franca* Englisch für alle Europäer ja nicht bedeutet, dass die sprachliche Souveränität der Nationalstaaten innerhalb der Länder und damit die sprachliche Vielfalt angegriffen wird. Die Muttersprachen der Länder bleiben natürlich erhalten und dienen auch weiterhin als Bezugspunkt der Identifikation; sie werden nur ergänzt um eine forcierte Förderung einer *Fremdsprache*.

Weiterhin gilt es zu beachten, dass die These, dass die Sprache das Denken und damit die Weltaneignung beeinflusst, nur recht begrenzt von neueren Forschungen unterstützt wird. Einige Kognitionspsychologen gehen davon aus, dass das Denken in einer speziellen, mentalen Sprache stattfindet. Und weil das Denken in dieser inneren Sprache erfolgt, sei der Einfluss der natürlichen Sprachen auf das Denken gering. All das, was Menschen in einer bestimmten natürlichen Sprache ausdrücken, könne im Grundsatz in eine andere Sprache übersetzt werden. Wenn aber Sprache und Kultur nicht so eng miteinander verzahnt sind, wie dies häufig in der Literatur unterstellt wird, dann ist damit ein Kernargument gegen eine einheitliche *Fremdsprache* in Europa zumindest aufgeweicht.

Philippe Van Parijs bringt die These von der Unabhängigkeit von Sprache und Kultur präzise auf den Punkt: „There is nothing intrinsically ‚pro-capitalist‘, or ‚anti-poor‘, or ‚market-imperialist‘ about the English language, just as it is not because Marx wrote in German that there is something intrinsically ‚anti-capitalist‘ or ‚pro-proletarian‘ or ‚state-fetishist‘ about the German language.

<sup>16</sup> Vgl. J. Gerhards (Anm. 4); Gertrud Nunner-Winkler, Kult der Minderheitensprachen oder Erziehung zur Mehrsprachigkeit, in: Leviathan, 39 (2011), S. 187–193.

Like all other languages in the world, English and German have the means of expressing negation, so that whatever Marx wrote in German you can also deny in German and whatever Bush said in English you can also deny in English.“<sup>17</sup>

4. Ungerechtigkeiten durch die Privilegierung einer Fremdsprache lassen sich partiell kompensieren. Die Durchsetzung von Englisch als *Lingua franca* und ein Plädoyer, diesen Prozess politisch zu fördern, führen zu Ungerechtigkeiten zwischen den verschiedenen Sprachen. Im Fall der Einführung von Englisch als *Lingua franca* wären diejenigen Sprecher, die Englisch bereits als Muttersprache sprechen, insofern bevorteilt, da sie selbst keine neue Sprache lernen, alle anderen aber die Zeit und die Mühe aufbringen müssten, sich Englisch anzueignen. Hinzu kommt, dass die englischen Muttersprachler gegenüber allen Anderen Vorteile auf dem internationalen Arbeitsmarkt hätten, weil sie die *Lingua franca* besser sprechen als diejenigen, die sie als Fremdsprache erlernt haben, und zudem in politischen und öffentlichen Debatten ihre Position besser formulieren könnten und damit vermutlich einflussreicher wären.

In der Literatur werden verschiedene Maßnahmen diskutiert, solche Ungerechtigkeiten zu kompensieren. Der bekannteste Vorschlag geht auf den Politikwissenschaftler Jonathan Pool zurück und ist von Philippe Van Parijs aufgegriffen und verfeinert worden.<sup>18</sup> Die Grundidee besagt, dass eine gerechte Lösung dann erreicht ist, wenn diejenige Sprachgemeinschaft, deren Muttersprache als *Lingua franca* gewählt wird, diejenigen Sprachgemeinschaften subventioniert, die die *Lingua franca* lernen müssen und zwar bis zu dem Punkt, wo sich der Nutzen und die Kosten des Fremdsprachenerwerbs ausgleichen. Überträgt man diesen Grundgedanken auf die EU-Sprachpolitik, dann müssten sich die

<sup>17</sup> P. Van Parijs (Anm. 12), S. 138.

<sup>18</sup> Vgl. Jonathan Pool, The Official Language Problem, in: The American Political Science Review, 85 (1991), S. 495–514; Philippe Van Parijs, Tackling the Anglophone’s Free Ride. Fair Linguistic Cooperation with a Global Lingua Franca, in: Ulrich Ammon/Augusto Carli (eds.), Towards More Linguistic Equality in Scientific Communication. Special Issue of AILA Review, Amsterdam–Philadelphia 2007.

27 EU-Länder in einem unterschiedlichen Ausmaß an der Finanzierung der Sprachpolitik der EU beteiligen beziehungsweise die Mittel der Sprachförderung müssten disproportional auf die Länder verteilt werden. Länder, in denen die Englischkompetenz am geringsten ist, müssten am stärksten gefördert werden; Länder, die schon englischsprachig sind, müssten die Sprachpolitik stärker finanzieren.

Diese Idee einer disproportionalen Förderung ist dabei durchaus kompatibel mit der europäischen Grundphilosophie von einem integrierten Europa. Vorbild für die Sprachpolitik könnte die Regionalpolitik sein. Die EU verfolgt mit ihrer Strukturförderung schwacher Regionen das Ziel, zur wirtschaftlichen Konvergenz der Regionen und Mitgliedsländer beizutragen. Eine europäische Sprachpolitik könnte sich an dieser Idee der disproportionalen Förderung zur Herstellung von Konvergenz orientieren. Viele Argumente sprechen also dafür, die Dominanz des Englischen als *Lingua franca* in Europa nicht nur notgedrungen zu akzeptieren, sondern politisch aktiv zu fördern.



euro|topics

- 28 Länder
- 300 Medien
- 1 Presseschau

www.eurotopics.net

Georg Datler

# Das Konzept der „europäischen Identität“ jenseits der Demos-Fiktion

Essay

„Europäische Identität“ ist ein prominentes, aber ebenso problematisches Konzept. Wie jede Verknüpfung mit dem Begriff „Identität“, ist „europäische Identität“ anfällig für essentialistische Kurzschlüsse (ein essentialistischer Kurzschluss meint, etwas auf einen angeblich wahren Kern festzuschreiben).

**Georg Datler**

Geb. 1980; Soziologe; Assistent und Doktorand, Soziologisches Institut, Universität Zürich, Andreasstrasse 15, CH-8050 Zürich/Schweiz. [datler@soziologie.uzh.ch](mailto:datler@soziologie.uzh.ch)

Ich werde aufzeigen, wie man nach europäischer Identität fragen kann, ohne in diese Falle zu tappen. Erst auf diesem konstruktiven Boden lässt sich gefahrlos überlegen, welche europäische Identität es geben soll. Meinen Vorschlag stelle ich in den Kontext der Frage, worauf sich Demokratie jenseits der Demos-Fiktion gründen kann. Es wird auch zu reflektieren sein, ob es dafür den Begriff „Identität“ notwendigerweise braucht und ob er besonders hilfreich ist. Zuerst soll aber verständlich werden, wie „europäische Identität“ zu seiner Prominenz kommt.

## Prominenz des Konzepts „europäische Identität“

Die Institutionen der Europäischen Union haben „europäische Identität“ längst zu einem Leitbegriff auserkoren. So lautet etwa der erste Satz des Strauss-Kahn Reports „A political Europe is legitimate only if it is the expression of an identity (...)“.<sup>1</sup> Im Mainstream der Politikwissenschaft ist es üblich, die Europäische Union in dieser Hinsicht als defizitär zu beschreiben: Sie habe ein „De-

<sup>1</sup> Dominique Strauss-Kahn, Building a Political Europe. 50 proposals for tomorrow's Europe, Brüssel 2004.